

Eil-A3 NEU2 Hochschulfinanzierung überdenken!

Gremium: Campusgrün Bundesvorstand
Beschlussdatum: 29.06.2019
Tagesordnungspunkt: 4.5.1 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Damit die Finanzierung der Lehre gesichert wird, wurde am 3. Mai 2019 von der
2 Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) der
3 „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ beschlossen. Dieser Pakt besteht aus
4 drei Schritten, in denen jeweils Geld für befristete Stellen und
5 Forschungsinstitute zu Verfügung gestellt wird. Es kann nicht als Erfolg
6 gewertet werden, dass der Zukunftspakt überhaupt zustande gekommen ist. Dies
7 sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Denn es herrscht immer noch eine große
8 Kluft zwischen den finanziellen Möglichkeiten und den tatsächlichen
9 Notwendigkeiten. Die Finanzierung sollte daran gemessen werden, inwiefern die
10 Hochschulen und universitäre Forschung dauerhaft ausreichend finanziert, die
11 Drittmittelabhängigkeit verringert und die Arbeits- und Studienbedingungen
12 verbessert werden können. [1]

13
14 Obwohl es zu begrüßen ist, dass der Bund nun in die dauerhafte Finanzierung von
15 Hochschulen einsteigt, müssen viele der Punkte kritisiert werden. Der
16 „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“, verpasst es die
17 Hochschulfinanzierung über den Bund endlich bedarfsgerecht zu gestalten. Es
18 reicht nicht aus, nur einen Inflationsausgleich anzustreben, vor allem, wenn
19 dieser erst ab 2024 erreicht werden soll. So kann der Drittmittelabhängigkeit
20 der Hochschulen entgegengewirkt werden und für bessere Studien- und
21 Arbeitsbedingungen bei steigenden Studierendenzahlen gesorgt werden.

22
23 Die Forschungs- und Lehrbedingungen werden immer prekärer. Die Zahl befristeter
24 Stellen steigt stärker als die der Dauerstellen, es fehlt an Geld für
25 administrative Aufgaben, der Konkurrenzdruck um die wenig vorhandenen Professuren
26 mindert die wichtige Kooperation und das Streben nach Erkenntnisgewinn im
27 wissenschaftlichen Mittelbau, die Bausubstanz an Hochschulen benötigt dringend
28 Investitionen in Milliardenhöhe und die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden
29 und Studierenden verschlechtert sich zunehmend [2]. Gleichzeitig nimmt die
30 Drittmittelabhängigkeit der Hochschulen zu. Das ersetzt das Ideal des freien
31 Zugangs zu Bildung zunehmend durch eine ausschließlich privatwirtschaftliche
32 Verwertungslogik, die Partikularinteressen, statt dem Allgemeinwohl, dient.

33
34 Zur Verbesserung und Umkehrung dieser Entwicklungen benötigt es eine dauerhafte
35 und bedarfsgerechte Hochschulfinanzierung über Bund und Länder. Diese sollte
36 explizit an die Schaffung von Dauerstellen im wissenschaftlichen Betrieb und
37 damit auch für die Verbesserungen von Studienbedingungen verwendet werden.
38 Campusgrün unterstützt daher die Kampagne „Frist ist Frust“ und ermutigt die
39 lokalen Hochschulgruppen, sich an den Hochschulen und auf Landesebene für die
40 Schaffung von Dauerstellen einzusetzen. Bei den jeweils von dem BMBF mit den
41 Ländern vereinbarten „Verpflichtungserklärungen“ zur Entfristung von Stellen
42 gilt es bei der Umsetzung auf Länderebene weiterhin Druck auszuüben und sich für
43 einen „Entfristungspakt“ einzusetzen. Darüber hinaus sollte auch in der
44 Öffentlichkeit diskutiert werden, inwiefern andere Strukturen wie Departements
45 abseits von Modernisierungen der Hochschullehrer*innenlaufbahn an deutschen
46 Hochschulen für eine produktivere, kooperationsorientierte, nicht-prekäre und
47 auf auch qualitative Lehre fokussierte Arbeitsteilung sorgen können. [3]

48
49 Die steigende Anzahl an Studierenden darf nicht mit einer Verschlechterung der

50 Betreuungsrelationen und Lehrbedingungen zusammengehen, welche der Hochschulpakt
51 mit seinen befristeten Stellen mit sich bringt. Stattdessen sollte eine
52 Verbesserung von Lehre und Forschung angestrebt werden. Diese müssen auch in
53 der Finanzierung zusammengedacht werden. Finanzierungssenkungen sind nicht
54 hinnehmbar.

55
56 Bildung und Wissenschaft müssen endlich auch die finanzielle Bedeutung im
57 Bundeshaushalt und in den Länderhaushalten bekommen, die ihnen gesellschaftlich
58 als emanzipatorische Kraft zusteht.

59 Die Finanzierung von Bildung und Wissenschaft ist eine zentrale Aufgabe des
60 Staates und darf nicht gekürzt, sondern muss konsequent mit dem Ansteigen der
61 Studierendenzahlen erhöht werden. Angelehnt an vorherige Beschlüssen [4] lehnt
62 Campusgrün daher die Schuldenbremse ab und fordert eine konsequent progressive
63 Besteuerung, vor allem von Vermögen, Erbschaften und Finanztransaktionen.

64
65 Verweise:

66
67 [1] <http://mittelbau.net/2019/05/13/stellungnahme-zu-den-pakten/>

68 [3] <https://www.studis->

69 [online.de/HoPo/auseinandersetzung_um_den_hochschulpakt.php#fn2](https://www.studis-online.de/HoPo/auseinandersetzung_um_den_hochschulpakt.php#fn2)

70 [2]

71 [https://www.hochschulverband.de/uploads/media/Resolution_Mut_zur_Reform>Weiteren-
72 --twicklung_des_Wissenschaftssystems_final.pdf](https://www.hochschulverband.de/uploads/media/Resolution_Mut_zur_Reform>Weiteren-
72 --twicklung_des_Wissenschaftssystems_final.pdf)

73
74 [4] „Für eine umfassende BAföG-Reform“ (2017)

75 <http://www.campusgruen.de/themen/studienfinanzierung/10511312.html>

76 „International solidarisch: Schluss mit Austerität!“ (2018)

77 <http://www.campusgruen.de/suchen/10636367.html?searchshow=austerit%E4t>